

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Abnehmer 1,50 Mk. für die Woche, 5,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 23 835. Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 887.

Donnerstag, den 4. August 1921

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Mittelzeile über dem Raum 0,80 Mk. monatlich 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Gesetze- und Verordnungsanzeigen 0,40 Mk. Rechtsanw. Die Mittelzeile, 8-spaltig über dem Raum Nr. 1-4 1,20 Mk.

Gegen jeden imperialistischen Krieg! Gegen die weiße Justiz- und Orgeleschande!

Die bürgerlichen Pazifisten und die Kleinbürgerlichen Sozialisten haben am Sonntag demonstriert unter der Parole: Gegen jeden Krieg. Wenn im Reich die Demonstrationen gut besucht waren, was man von Breslau nicht sagen kann, so muß man feststellen, daß diese Organisationen, die soviel von der verstandesgemäßen Einstellung des Proletariats auf die Revolution reden, sich das Gefühl großer Arbeitermassen und kleinerer Massen des Bürgertums zunutze machen, die in dumpfem Empfinden sich wenden gegen die Greuel und Schandthaten des Krieges.

Wie wenig nachhaltig aber eine solche Demonstration ist, zeigt uns das Verhalten der Parteien und die Ausführungen ihrer Redner. Seht die Verwüstungen, seht die Millionen Krüppel und Tote, die Witwen und Waisen, seht die Vernichtung ungeheurer Werte. Zum Schluß das Gelöbniß: Nie wieder Krieg! Wer wird da nicht erinnert an die Schwüre der internationalen Sozialisten im Baseler Münster, wo man kurz vor Ausbruch des Weltkrieges ebenfalls sich gelobte, mit allen Mitteln gegen jeden Krieg zu kämpfen? Und doch haben die Verräter der 2. Internationale ihr vaterländisches Herz gefunden und sich ihren Regierungen gegen den „Erbfeind“ zur Verfügung gestellt.

So auch jetzt wieder. Bei allen Phrasen keine Erkenntnis dessen, welcher Weg eingeschlagen werden muß, um neue kapitalistische Kriege zu verhindern. Keine Einsicht darin, daß, so lange kapitalistische Regierungen gezwungen sind, Absatzgebiete für ihre Waren zu suchen, sich Kämpfe entwickeln um die Ausbeutung dieser Märkte. Der so schöne aber phantastische Glaube an den Völkerbund, der durch Schiedsgerichte die rivalisierenden Nationen beschwichtigen soll. Der Schrei: Nie wieder Krieg! in einer Zeit, wo Krieg offen geführt wird in Kleinasien, wo Brandherde bestehen, die unmittelbar imperialistische Kriege auslösen können in Oberschlesien, im Fernen Osten, in allen von den kapitalistischen Ländern unterdrückten Kolonialstaaten. „Nie wieder Krieg“ zu einer Zeit, wo die gesamte kapitalistische Welt sich bereit hält, wie ein Raubtier sich zu stürzen auf das Rußland der Arbeiter und Bauern, um dieses reiche, durch den Krieg und die brutale Blockade erschütterte Land wieder mit kapitalistischer Ausbeutung zu beglücken und es einzureihen in die Ausbeutungskolonien der europäischen und amerikanischen Ausbeuter.

Auch wir Kommunisten sagen: „Nie wieder imperialistischen Krieg“. Aber wir „weltfernen Utopisten“ erkennen im Gegensatz zu dem Kleinbürgerlichen Sentiment der Sozialdemokraten, daß imperialistische Kriege erst dann unmöglich sind, wenn die kapitalistische Produktionsweise beseitigt, und die Ausbeutung eines Volkes durch das andere unmöglich ist. Deshalb unser Kampf gegen die kapitalistische Anarchie, die auf der einen Seite ungeheure Werte aufhäuft und verkommen läßt, während auf der anderen Seite Millionen Proletarier elend zugrunde gehen.

Die Kommunisten stehen in ihrem konsequenten Kampf allein. Sie werden nicht nur bekämpft mit allen Mitteln von der kapitalistischen Gesellschaft und von den eigens zur Niederhaltung geschaffenen Organen, von den weißen Horden, der Polizei, der weißen Justiz. Die internationalen Menschewisten, die ihren Frieden mit den Kapita-

listen gemacht haben, die mit „friedlicher“ Durchdringung den Kapitalismus überwinden wollen, leisten in dem Kampf gegen die Kommunisten Hinterschneise.

Geuchlerisch schreiend „Nie wieder Krieg!“ erlauben sie ihren Ministergenossen, daß die als Richter der weißen Justiz mit den modernsten Mordwerkzeugen das rebellierende Proletariat niederschlagen und zu den Leichenhügeln des Weltkrieges neue Leichenhügel des Bürgerkrieges häufen. Die sozialdemokratischen Polizeiminister dulden und unterstützen die Schandthaten der ihnen unterstellten Polizeivorgänger, die offenkundigen Klassenurteile der weißen Justiz. Sie dulden und fördern die Unterdrückung der revolutionären Druckschriften.

Arbeiter Schlesiens! Die Blatthalter der Monarchisten einschließlich der sozialdemokratischen Oberpräsidenten und Landräte führen seit Monaten einen hartnäckigen Kampf gegen die Kommunisten. Seit Monaten hält man in brutaler Weise unsere Genossen Klein, Kummerow, Riedel, Krause, Müller und viele andere fest. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts müßten sie längst frei sein. Aber man konstruiert Fälle, um dadurch die Kommunisten, und damit einen wirklich revolutionären Kampf in Schlesiens niederzuhalten. Arbeiter! Nicht die Inhaftierten allein leiden. Auch Euch, Euch besonders trifft es, wenn revolutionäre Arbeiter, die ihr Ganzes in den Dienst Eurer Befreiung gestellt haben, im Kerker schmachten. Die einzige revolutionäre Presse, die Schlesische Arbeiterzeitung, unterdrückt und schikanieren man dauernd mit den gemeinsten Mitteln. Vor den Augen der schlesischen Polizei gilt trotz aller Abkennungsbefehle nicht einmal die Immunität kommunistischer Abgeordneter. Die Verhaftung unserer Genossen Wolfstein hat dies gezeigt.

Arbeiter Schlesiens! Wenn Ihr wollt, daß der Ruf „Nie wieder Krieg!“ nicht zur Phrase wird, dann erkennt die Notwendigkeit, daß die Orgelesch, die sich unter der Maske der Arbeitsgemeinschaften auf den Gütern der Grafen und Barone festgesetzt hat, zum Teufel gejagt wird. Diese Galunken sind eine dauernde Bedrohung, sie sind der glimmende Funke, der einen Krieg um Oberschlesien entzünden wird. Erkennt endlich, daß der Kampf gegen die Kapitalisten, damit gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Verelendung des Proletariats durch neue Steuern und Preiserhöhung nicht geführt werden kann durch Kuhhandel mit den Kapitalisten, sondern nur durch den offenen, revolutionären Klassenkampf.

Das Proletariat hat eine furchtbare Waffe, die Waffe der verweigernden Arbeitskraft. Diese Waffe geschärft, durch Aufklärungsarbeit und angewandt mit rücksichtsloser Entschlossenheit wird zunichte machen alle Flammen- und Minenwerfer der gesamten Konterrevolution.

Das Proletariat wird aber seine Macht gegen die sich wieder aufzurichtende Konterrevolution ebenfalls nur halten können mit den Mitteln, die anzuwenden dem Proletariat die kapitalistische Gesellschaft gelehrt hat.

Arbeiter! Erkennt den Ernst der Stunde! Heraus aus Fabrik und Kontor und kämpft, indem ihr demonstriert gegen den imperialistischen Krieg, gegen das gesamte kapitalistische System mit all seinem Elend, Unterdrückung und Tod!

Schlesien — die Vendee der preussischen Junker

Die Provinz Schlesien ist ähnlich wie Bayern, Pommern und einige andere Gebiete in Deutschland das Paradies für alle Reaktionäre. Auf den Rittergütern und Domänen der Grafen und Barone können die Banditen ungehindert rüsten, um bei gegebener Zeit gegen die Republik, gegen die Judenregierung loszugehen. Die Zeit vor und nach dem oberschlesischen Aufstand hat dies mit aller Deutlichkeit bewiesen. Alle Verbote Eberts gegen den Selbstschutz haben nichts genützt gegen den Willen der Reaktionäre. Auch als nach der Liquidation des Aufstandes auf Grund des Ultimatus die Entwaffnung mit aller Schärfe durchgeführt werden sollte, haben es die Junker mit direkter und indirekter Duldung und Hilfe der republikanischen Behörden verstanden, alle Verbote zu umgehen. Die Selbstschutzformationen sind nicht aufgelöst, die Waffen zum allergrößten Teil nicht abgeliefert. Die Orgeleschformationen hat man von unzuverlässigen Elementen gesäubert, die Kadres neu aufgefüllt und sie bergestellt als „Arbeitsgemeinschaften“ auf die Güter der doch so notleidenden Junker geschafft. Daß diese Orgeleschbanditen zu tausenden auf den Gütern verteilt sind, wird uns und auch den sozialdemokratischen Blättern durch unzählige Zuschriften und durch eigene „Erfahrung“ bei Versammlungen bestätigt. Unzählige Zuschriften unserer Genossen auf dem Lande geben uns Nachricht, wie nach der Auflösung der Front in Oberschlesien die Güter, die Schlösser und andere versteckte Winkel mit Waffen und Munition und allerlei Kriegsgeschütz vollgestopft wurden. Aber nicht nur aus Oberschlesien kamen die Waffen. Die Bestände der Reichswehr hat man dem Zugriff der Entwaffnungskommission entzogen, indem man dieselben auf das Land verteilte. In Breslau hat man die alten Forts vollgestopft bis oben hin.

Die Reaktionäre geben vor, daß sie sich rüsten für einen Krieg um die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland. Sie wollen aber auch gegen Polen und letzten Endes gegen die „Judenregierung“, gegen die Republik, für die Wiederaufrichtung der Monarchie kämpfen.

Die Kommunisten stehen in ihrem konsequenten Kampf gegen die Rüstungen der Konterrevolution allein. Nicht zuletzt die Laubheit und die verräterische Feigheit der SPD-Führer ist an der Erhaltung der Monarchisten schuld. Diese Arbeiterführer nahmen es als wahr hin, als bei der Annahme des Kanzlers Dr. Wirth die Deutschnationalen eine loyale Ergebenheitserklärung gegenüber der republikanischen Verfassung abgaben. Die Sozialdemokraten haben sehr schnell die Brutalitäten des Junkerregimes vor und während des Krieges vergessen. Die Tatsache, daß einige ihrer Führer an leitender Stelle in der Provinzialverwaltung tätig sind, daß sie in einigen Städten maßgebenden Einfluß besitzen; jerner die Tatsache, daß die Junker und Bürokraten und deren Stützen, die weißen Richter, sie nach der Novemberrevolution in Ruhe gelassen haben, täuscht ihnen alle mögliche Macht und Einfluß vor.

Das furchterliche Erwachen während des Kapp-Putsch ist ihnen deshalb keine heilsame Lehre gewesen, weil die Anführer keine sozialdemokratischen Führer, sondern sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter totschlugen und bestialisch verprügelten.

Der ganze Haß der Konterrevolution richtet sich gegen die revolutionären Arbeiter, gegen die Kommunisten. Mit den niederträchtigsten Mitteln bekämpft die Polizei, die Justiz die klassenbewusste Arbeiterkraft. Die Blatthalter der Monarchie, die bei jeder Gelegenheit ihre Treue zur Verfassung beteuern, benutzen alle Mittel, die mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind, um die kommunistische Bewegung zu zerbrechen, und wenn ihnen dies nicht gelingt, sie mit allen Mitteln unten zu halten.

Die Märzaktion des mitteldeutschen Proletariats, die auf Grund der Indifferenz der breiten Massen in Schlesien keine großen Wellen geschlagen hat, veranlaßte die Polizei und die Justiz, mit den schärfsten Mitteln gegen uns vorzugehen. Durch gemeine Lockspitzelprovokationen, durch Bombenattentate, die man den Kommunisten zur Last legte, gelang es, den größten Teil unserer Genossen in Schlesiens zu verhaften. Aller Pressefreiheit zum Hohne unterdrückte man unsere Presse, indem man einen Redakteur nach dem anderen verhaftete. Die Krone der Gemeinheiten setzte sich die Breslauer Polizei auf, als sie den Drucker und das Personal unter Androhung der Verhaftung zwang,

Heraus zur Massendemonstration auf dem Schloßplatz heute abend 6 Uhr

Gegen den imperialistischen Krieg! Gegen den Belagerungszustand! Gegen die Schandjustiz! Für die Freilassung aller politischen Gefangenen! Für die soziale Revolution! Für den Sturz des Kapitalismus

Auf der Wacht für Sowjetrußland!

Die Nachrichten aus Sowjetrußland melden weiter große Not, Hunger und Krankheit in weiten Gebieten. Sie betreffen aber auch von dem übermenslichen Aufopferungswillen der russischen Proletarier, die freiwillig das Letzte, das ihnen noch geblieben ist, mit den Hungernden teilen. Noch nie sah die Welt einen solchen heroischen Opfermut, wie das russische Proletariat ihn jetzt beweist.

Über die Nachrichten berichten nicht nur von dem Opferwillen der russischen Proletarier, sondern auch von ihrer unbeugsamen Kraft -- trotz alledem. Die Konterrevolution, die sich seitdem vor der Macht der russischen Arbeiter und Bauern verreckt hat, die konterrevolutionären Kräfte, die den bösen Proletariat sich, trotz und am Sterben glauben, wagen sich aus ihren Löchern hervor. Aber der Löwe schlägt noch immer gut zu. Die bürgerliche Presse bringt Meldungen von der Aufdeckung konterrevolutionärer Verschwörungen, die vom ausländischen Kapital unterstützt werden, sie bringt Meldungen davon, daß die russische Arbeiterregierung gegen diese Verschwörer schnell und unbarmherzig zugreift.

Die russische Arbeiterregierung weiß, daß sie allein imstande ist, die wertvolle Bevölkerung aus der jetzigen Not herauszuführen, und nur ihre unbeugsame Kraft die Gewähr dafür bietet, daß alle Angriffe der russischen Reaktion an der Arbeitermacht scheitern. Das weiß auch die Konterrevolution. Deswegen beneh auch die russischen Weizen die ausländischen Imperialisten an, keinerlei Hilfe für die Arbeiterregierung zuzulassen, sondern mit ihnen zum Sturz der Arbeiterregierung in den Kampf zu treten. „Im Namen der Menschheit helfe Wrangel!“ dieser Verkörperung der eiter- und blutriesenden Entmenslichkeit. Denn Wrangel selbst kann sich nicht helfen. Der „Deinps“, das Organ der französischen Regierung, schreibt:

„Das bolschewistische Regime kann durch Hungersnot und Epidemie voraussichtlich nicht gekürzt werden. Das würde erst dann möglich sein, wenn infolge einer Zerrüttung des ganzen Transportwesens die Bolschewisten nicht mehr imstande wären, Truppenkörper schnell zu befördern.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont immer wieder, die Arbeiterregierung werde unter keinen Umständen freiwillig weichen. Während die bürgerliche Presse zusammen mit der menschenwidrigen immer nur von der ungeheuren Not Sowjetrußlands zu erzählen wußte, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. d. M.:

„Was jetzt sind die Arbeiterregierung ihre indirekte Stütze darin, daß die Bauern verhältnismäßig besser leben als früher, weil sie das erzeugte Getreide und sonstige landwirtschaftliche Produkte selbst verzehren. Die Bauern

Über den engen Zusammenhang der oberschlesischen Frage mit neuen Angriffen gegen Sowjetrußland schweigt sich die bürgerliche Presse der ganzen Welt aus. Das braucht uns nicht zu wundern. Es ist vielleicht der deutlichste Beweis für die dunklen Absichten der Ententemachtsherren. Umso mehr, da die jetzt bekanntgegebenen Entscheidungen über die Verteilung des ehemaligen Reichs- und Staatseigentums in der freien Stadt Danzig ein helles Licht auf die von uns besprochenen erwähnten Pläne werfen. Bei der Zuteilung des Hafens mit den dazugehörigen Kammern, Speichern, Geländestücken, der Eisenbahn und dem Reichsbahnhof, ist der ansdrückliche Vorbehalt gemacht:

„daß, wenn ein Teil dieser Gebäude endgültig dazu bestimmt wird, als Lagerplatz für den Transport und die Lagerung der für Polen bestimmten Division und als Anlegeplatz für die polnische Flotte gemäß den Resolutionen des Völkerbundesrates zu dienen, der Hafenausgang alle notwendigen Maßnahmen treffen müsse, um das ihm zugewiesene Gelände zur Verfügung zu stellen.“

In Danzig sollen die Angriffs-Divisionen gegen Sowjetrußland aufgestellt werden. Fürchtet man, daß die deutschen Arbeiter Transporttransporte verhindern werden? Wir hoffen und glauben, daß unsere Danziger Genossen auf dem Posten sein werden!

Die französische bürgerliche Presse, vor allem der „Nationalistische“ „Matin“ läßt demnach erkennen, daß die französische Regierung eine Lösung der oberschlesischen Frage, die jetzt auf Grund einer augenblicklich für Frankreich weniger günstigen weltwirtschaftlichen Situation herbeigeführt, nur als provisorisch ansehen würde. Dieser Irrtum ließe aus, daß die Annahme des englisch-französischen Vorschlags für die vorläufige Teilung und Abgrenzung des besetzten Gebietes nicht zu einer dauerhaften Vereinbarung führen könne. Frankreich warte also nur auf eine günstige Gelegenheit, die ihm vielleicht schon in kürzester Zeit die weltpolitisch veränderte Lage Englands darbieten wird, um seine imperialistischen Pläne in der oberschlesischen Frage doch durchzusetzen.

Das die Frage der Abgrenzung in Oberschlesien angeht, so belegen die letzten Meldungen aus Paris, daß der Sachverständigenausschuß sich noch nicht einig ist. Die Engländer haben einen Vorschlag gemacht, der sich nur wenig von dem einen englisch-französischen Teilungsplan unterscheidet und Polen neben den Bezirken Dobru und Biaz nur einzelne Gemeinden aus dem Kreise Kattow, Lublitz und Hohenberg zurechnet. Dieser Plan würde von den französischen Sachverständigen abgelehnt. Man lehnt daher zu dem Vorschlag des Ozeanischen Streiks zurück. Die französischen Sachverständigen haben bereits mehrere Vorschläge unterbreitet, die sich von dem Plan des Ozeanischen Streiks nur wenig unterscheiden.

Ob bei einer solchen Sachlage damit zu rechnen ist, daß die fortschreitende Entente-Konjunktur, wie es George verändert, endgültig die oberschlesische Frage im Sinne der Vereinigten aufzulösen und im imperialistischen Sinne anzunehmen läßt, wird nicht leicht sein. Selbst wenn es gelang, zu einem Kompromiß zwischen den verschiedenen imperialistischen Tendenzen zu kommen, so wäre das nur eine Soziallösung, die, solange die imperialistische Größe dauert, ständig zur Verengung und zu Gegenständen zwischen den noch im Sinne des Kapitalismus bestehende großen Völkern führen würde. Eine russische Lösung des oberschlesischen Problems herbeizuführen, wird die Aufgabe der revolutionären Arbeiter bleiben.

Politische Uebersicht. Vor der Konferenz. Um Oberschlesien.

An der für den 8. August festgesetzten Konferenz werden außer England und Frankreich nach den letzten Meldungen auch Belgien, Jugoslawien und Rumänien teilnehmen. Das deutet darauf hin, daß auch das Orientproblem auf der Konferenz behandelt werden soll. Ob der amerikanische Vorschlag aktiv an der Konferenz teilnehmen wird, ist noch nicht klar. Schwebend wünschen und hoffen die Franzosen, daß Amerika auf der Konferenz sein Gewicht für die französischen Interessen in die Waagschale werfen möge. Nach der Niederlage der Parteien ist augenblicklich der Gegensatz zwischen England und den Vereinigten Staaten der einzige bedeutendere Faktor, den Frankreich für seine kolonialen Interessen anbringen könnte. Denn das eine wird immer deutlicher: die geschiedenen Siege in Rumänien, das Weichen der griechischen Ansprüche, die Entlassung, die England in der Orientfrage erfuhr, haben die französische Regierung zu einer veränderten Stellung, ihrer gegenüber England gezwungen, deren Resultat die letzte getroffene Uebereinkunft ist.

Die französische bürgerliche Presse, vor allem der „Nationalistische“ „Matin“ läßt demnach erkennen, daß die französische Regierung eine Lösung der oberschlesischen Frage, die jetzt auf Grund einer augenblicklich für Frankreich weniger günstigen weltwirtschaftlichen Situation herbeigeführt, nur als provisorisch ansehen würde. Dieser Irrtum ließe aus, daß die Annahme des englisch-französischen Vorschlags für die vorläufige Teilung und Abgrenzung des besetzten Gebietes nicht zu einer dauerhaften Vereinbarung führen könne. Frankreich warte also nur auf eine günstige Gelegenheit, die ihm vielleicht schon in kürzester Zeit die weltpolitisch veränderte Lage Englands darbieten wird, um seine imperialistischen Pläne in der oberschlesischen Frage doch durchzusetzen.

Das die Frage der Abgrenzung in Oberschlesien angeht, so belegen die letzten Meldungen aus Paris, daß der Sachverständigenausschuß sich noch nicht einig ist. Die Engländer haben einen Vorschlag gemacht, der sich nur wenig von dem einen englisch-französischen Teilungsplan unterscheidet und Polen neben den Bezirken Dobru und Biaz nur einzelne Gemeinden aus dem Kreise Kattow, Lublitz und Hohenberg zurechnet. Dieser Plan würde von den französischen Sachverständigen abgelehnt. Man lehnt daher zu dem Vorschlag des Ozeanischen Streiks zurück. Die französischen Sachverständigen haben bereits mehrere Vorschläge unterbreitet, die sich von dem Plan des Ozeanischen Streiks nur wenig unterscheiden.

Die Nachrichten aus Sowjetrußland melden weiter große Not, Hunger und Krankheit in weiten Gebieten. Sie betreffen aber auch von dem übermenslichen Aufopferungswillen der russischen Proletarier, die freiwillig das Letzte, das ihnen noch geblieben ist, mit den Hungernden teilen. Noch nie sah die Welt einen solchen heroischen Opfermut, wie das russische Proletariat ihn jetzt beweist.

Über die Nachrichten berichten nicht nur von dem Opferwillen der russischen Proletarier, sondern auch von ihrer unbeugsamen Kraft -- trotz alledem. Die Konterrevolution, die sich seitdem vor der Macht der russischen Arbeiter und Bauern verreckt hat, die konterrevolutionären Kräfte, die den bösen Proletariat sich, trotz und am Sterben glauben, wagen sich aus ihren Löchern hervor. Aber der Löwe schlägt noch immer gut zu. Die bürgerliche Presse bringt Meldungen von der Aufdeckung konterrevolutionärer Verschwörungen, die vom ausländischen Kapital unterstützt werden, sie bringt Meldungen davon, daß die russische Arbeiterregierung gegen diese Verschwörer schnell und unbarmherzig zugreift.

Die russische Arbeiterregierung weiß, daß sie allein imstande ist, die wertvolle Bevölkerung aus der jetzigen Not herauszuführen, und nur ihre unbeugsame Kraft die Gewähr dafür bietet, daß alle Angriffe der russischen Reaktion an der Arbeitermacht scheitern. Das weiß auch die Konterrevolution. Deswegen beneh auch die russischen Weizen die ausländischen Imperialisten an, keinerlei Hilfe für die Arbeiterregierung zuzulassen, sondern mit ihnen zum Sturz der Arbeiterregierung in den Kampf zu treten. „Im Namen der Menschheit helfe Wrangel!“ dieser Verkörperung der eiter- und blutriesenden Entmenslichkeit. Denn Wrangel selbst kann sich nicht helfen. Der „Deinps“, das Organ der französischen Regierung, schreibt:

„Das bolschewistische Regime kann durch Hungersnot und Epidemie voraussichtlich nicht gekürzt werden. Das würde erst dann möglich sein, wenn infolge einer Zerrüttung des ganzen Transportwesens die Bolschewisten nicht mehr imstande wären, Truppenkörper schnell zu befördern.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont immer wieder, die Arbeiterregierung werde unter keinen Umständen freiwillig weichen. Während die bürgerliche Presse zusammen mit der menschenwidrigen immer nur von der ungeheuren Not Sowjetrußlands zu erzählen wußte, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 2. d. M.:

„Was jetzt sind die Arbeiterregierung ihre indirekte Stütze darin, daß die Bauern verhältnismäßig besser leben als früher, weil sie das erzeugte Getreide und sonstige landwirtschaftliche Produkte selbst verzehren. Die Bauern

Über den engen Zusammenhang der oberschlesischen Frage mit neuen Angriffen gegen Sowjetrußland schweigt sich die bürgerliche Presse der ganzen Welt aus. Das braucht uns nicht zu wundern. Es ist vielleicht der deutlichste Beweis für die dunklen Absichten der Ententemachtsherren. Umso mehr, da die jetzt bekanntgegebenen Entscheidungen über die Verteilung des ehemaligen Reichs- und Staatseigentums in der freien Stadt Danzig ein helles Licht auf die von uns besprochenen erwähnten Pläne werfen. Bei der Zuteilung des Hafens mit den dazugehörigen Kammern, Speichern, Geländestücken, der Eisenbahn und dem Reichsbahnhof, ist der ansdrückliche Vorbehalt gemacht:

„daß, wenn ein Teil dieser Gebäude endgültig dazu bestimmt wird, als Lagerplatz für den Transport und die Lagerung der für Polen bestimmten Division und als Anlegeplatz für die polnische Flotte gemäß den Resolutionen des Völkerbundesrates zu dienen, der Hafenausgang alle notwendigen Maßnahmen treffen müsse, um das ihm zugewiesene Gelände zur Verfügung zu stellen.“

In Danzig sollen die Angriffs-Divisionen gegen Sowjetrußland aufgestellt werden. Fürchtet man, daß die deutschen Arbeiter Transporttransporte verhindern werden? Wir hoffen und glauben, daß unsere Danziger Genossen auf dem Posten sein werden!

Der Kampf gegen die Brotpreis- erhöhung beginnt.

Der AOB hat bisher den Schlag, der die arbeitende Bevölkerung durch die ungeheure Erhöhung des Brotpreises trifft, nur demit beanwortet, daß er Verhandlungen zwecks Erhöhung der Löhne in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft eingeleitet hat, über deren Verlauf noch nichts bekannt geworden ist. Daß die Arbeiter sich bei diesen Verhandlungen nicht beteiligen dürfen und nicht beteiligen würden, war von vornherein klar. Denn das Unternehmensvertrauen, das gestoren ist, im Kampf um den Abzug der Löhne weiter herabzusetzen, f. ante den Arbeitern bedienend ein paar Betragsfennige gewähren, die die tatsächliche Senkung der Löhne durch die Selbstverwertung nicht im mindesten ausgleichen würde. Darum kann die Verelendung nur abgewehrt werden im Kampf gegen das Unternehmertum, im Kampf gegen die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat. Die Danziger Arbeiter haben einen ersten Schritt auf dem Wege des Kampfes getan: Danzig, 1. August.

Da die von Seiten der sozialdemokratischen Partei für diesen Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Heumarkt verboten wurde, rufen heute der Allgemeine Gewerkschaftsbund für die freie Stadt Danzig, der Allgemeine Freie Arbeiterverband, die Afa, die sozialdemokratische Partei in Danzig, die Unabhängige sozialdemokratische Partei Danzig und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Danzig, zu einem allgemeinen Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf. Es soll protestiert werden gegen die „unerbörte Verelendung durch direkte und indirekte Steuern“, gegen die Erhöhung der Wohnungskosten, gegen die gewaltige Vertierung der Lebensmittel und gegen die beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises. Als Ausgleich der beabsichtigten Erhöhung wird gefordert werden eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für sämtliche Löhne- und Gehaltsempfänger, Erhöhung der Bezüge der Arbeiter-Familien und der Witwen und Waisen, der Kriegsbekämpften, der Empfänger von Armenunterstützungen sowie eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen.

Die sehr die Bourgeoisie selbst sich dessen bewußt ist, daß die Arbeiter durch die Brotpreisenerhöhung zum Kampf

getrieben werden müssen, beweist folgende Meldung des „Lokal-Anzeigers“ aus Magdeburg:

Die Arbeiterkammer für die Provinz Sachsen wendet sich in einer Veröffentlichung gegen die beabsichtigte Brotpreis-erhöhung, in der sie gerade für die Provinz Sachsen, die bisher am meisten von Arbeiterunruhen heimgeschluckt worden und gefährdet ist, eine ungeheure Gefahr erblickt. Die beträchtliche Erhöhung des Preises für das tägliche Brot würde zur Folge haben, daß zahllose Angehörige des unter der Not der Zeit am meisten leidenden Mittelstandes noch mehr der Unterernährung mit allen ihren üblen Folgen preisgegeben würden. Neue folgenschwere Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten, und die allmählich wieder abklingende Volks-psychose werde wieder von neuem angesetzt. Der Vorstand der Arbeiterkammer für die Provinz Sachsen hält es daher im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die geistige Wiedergewinnung des kranken Volkes für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung nötige tägliche Brot in bisheriger Preishöhe weiter zu verabfolgen. Für das über die jetzige Wochenmenge hinausgehende Brot könne ein entsprechender Mehrbetrag gefordert werden.

Diese Mahnungen werden noch weniger fruchten als die Verhandlungen des AOB. Die Arbeiter müssen sich das zum Leben Notwendige selbst erkämpfen. Sie müssen die Danziger Arbeiter so wirksam unterstützen, daß ihr Kampf zum Erfolg führt und zum Ausfall eines wirklichen Widerstandes gegen die Lohnabbau-Offenheit der Bourgeoisie wird.

Die deutsche Bourgeoisie, die, ihren Klasseninteressen gehorchend, dem russischen Arbeiter und Bauernstaat helfen möchte, weil ein reaktionäres Rußland sofort Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages die Übernahme neuer Lasten aufbürden würde, kämpft auch an Bedingungen für ihre Hilfestellungen zu stellen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fordert, daß die Beziehungen nur einem unpolitischen, von der Arbeiterregierung unabhängigen Hilfskomitee in Sowjetrußland übergeben werden. Für dieses Hilfskomitee aber verlangt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ so weitgehende Befugnisse, daß, wie sie selbst sagt, die Macht der Arbeiterregierung dadurch gebrochen sein würde.

Noch hat das deutsche Proletariat als einheitliche Klasse zu der Aktion für Sowjetrußland Stellung genommen. Es muß die Bourgeoisie und die Regierung zwingen, die Rußland am dringendsten nötigen Medikamente, Lebensmittel und Maschinen als langfristige Kredite sofort hinüberzuschicken, und zwar zur Verfügung einer von der Arbeiterregierung bestimmten Organisation.

Während die deutsche Bourgeoisie von ihrer Feindschaft gegen die proletarische Regierung und von ihrer Furcht vor einer reaktionären Regierung in Rußland hin und her gezerrt wird, bald also helfen und bald vernichten will, fordert die französische Bourgeoisie eindeutig zum Kampf gegen Sowjetrußland auf. Deswegen wäre auch die Zulassung von Truppentransporten nach Oberschlesien ein Verbrechen an dem russischen Proletariat, es wäre die passive Unterstützung des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland. Das mögen die Unabhängigen und die Rechtssozialisten bedenken, die für die Durchführung der Parole „Nie wieder Krieg!“ sich einzusetzen versprochen.

Von innen heraus kann Sowjetrußland nicht gestützt werden. Das sehen die russischen und die internationalen Weisgarbisten ein und geben es offen zu. Deswegen versuchen sie, Sowjetrußland von außen zu stützen. Das internationale Proletariat muß endlich einen Teil des Dankes, den es dem russischen Proletariat schuldet, damit abzahlen, daß es den Aufmarsch der Konterrevolution gegen Sowjetrußland in seinen Anfängen schon verhindert. Darüber hinaus muß es nicht nur selbst für Sowjetrußland leisten, soweit in seiner Macht steht, sondern auch die bürgerlichen Regierungen zu Lieferungen der notwendigen Materialien nach Sowjetrußland zwingen.

getrieben werden müssen, beweist folgende Meldung des „Lokal-Anzeigers“ aus Magdeburg:

Die Arbeiterkammer für die Provinz Sachsen wendet sich in einer Veröffentlichung gegen die beabsichtigte Brotpreis-erhöhung, in der sie gerade für die Provinz Sachsen, die bisher am meisten von Arbeiterunruhen heimgeschluckt worden und gefährdet ist, eine ungeheure Gefahr erblickt. Die beträchtliche Erhöhung des Preises für das tägliche Brot würde zur Folge haben, daß zahllose Angehörige des unter der Not der Zeit am meisten leidenden Mittelstandes noch mehr der Unterernährung mit allen ihren üblen Folgen preisgegeben würden. Neue folgenschwere Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten, und die allmählich wieder abklingende Volks-psychose werde wieder von neuem angesetzt. Der Vorstand der Arbeiterkammer für die Provinz Sachsen hält es daher im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die geistige Wiedergewinnung des kranken Volkes für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung nötige tägliche Brot in bisheriger Preishöhe weiter zu verabfolgen. Für das über die jetzige Wochenmenge hinausgehende Brot könne ein entsprechender Mehrbetrag gefordert werden.

Diese Mahnungen werden noch weniger fruchten als die Verhandlungen des AOB. Die Arbeiter müssen sich das zum Leben Notwendige selbst erkämpfen. Sie müssen die Danziger Arbeiter so wirksam unterstützen, daß ihr Kampf zum Erfolg führt und zum Ausfall eines wirklichen Widerstandes gegen die Lohnabbau-Offenheit der Bourgeoisie wird.

Internationaler Lohnabbau und sein Ende.

Nach den englischen Bergarbeitern die belgischen, nach diesen die holländischen! Die Bourgeoisien aller Länder sind gezwungen, gegen das Proletariat mit aller Rücksichtslosigkeit den Kampf aufzunehmen, um sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. Lohnabbau, das ist die Parole der Weltbourgeoisie. Infolge der Schärfe der Weltkrise, infolge der vielen Konkurrenten auf dem durch die Industrialisierung Amerikas, Japans und der Kolonien verengerten Weltmarkt genügt eine einmalige Lohnkürzung nicht, helfen kann nur eine beständige Wiederholung! So schreibt auch der „Economist“ vom 30. Juli, kaum einen Monat nach Beendigung des Kohlenstreiks ganz klar:

Das Ende des Kohlenstreiks -- zusammen mit der Annahme niedrigerer Löhne durch die Arbeiter in verschiedenen anderen Industriezweigen -- hat einige unverantwortliche Propheten dazu verleitet, ein plötzliches Wiederaufleben des Handels vorauszusagen. Unter Schicksal hängt von der schnellen Wiederbelebung unseres Außenhandels ab, und dieser hängt von der internationalen Konkurrenz ab. Die Lebenshaltung muß zurücktreten hinter der einfachen Notwendigkeit zu leben; und um zu leben, müssen wir zu einem niedrigeren Preise produzieren als unsere Konkurrenten. Es muß zugegeben werden, daß der augenblickliche Kohlenpreis zu hoch ist. Er kann nur durch gesteigerte Produktion reduziert werden, und da die Hauptkosten auf Löhnen beruhen, so ist allein die „Gerechtigkeit“ der Arbeiter, härter zu arbeiten, der erste Faktor für eine Erholung der Wirtschaft!

Auch die deutschen Bergarbeiter sollen diesen Weg gehen. Wir sehen also, daß, abgesehen von der Lage des Weltkohlenmarktes, auch die Lage des deutschen Bergbaus selbst eine zu weitgehende Erhöhung der Kohlenpreise verbietet. Falls aus Gründen der Wirtschaftserfüllung dennoch eine härtere Heranziehung der Kohle unumgänglich notwendig ist, muß dabei gleichzeitig dafür Sorge getragen werden, daß durch „geeignete“ Maßnahmen z. B. Wiederverfahren der Ueberbrückung der deutsche Kohlenbergbau wieder billiger und produktiver arbeitet, als es in der letzten Zeit der Fall war!

Schließen und einheitlich muß das Weltproletariat auf diese Angriffe der Bourgeoisie antworten! Hier liegen die Aufgaben der 3. Internationale!

Nach Sozialdemokrat!

Der bisherige sächsische Justizminister Dr. Kauffisch, Mehrheitssozialist, hat bei seinem Rücktritt am Sonntag in Dresden eine Rede gehalten, in der er ausführte:

„Die Kräfte der Besten und Tüchtigsten eines jeden Landes und Berufes ist identisch mit wahrer Demokratie, und auch der Parlamentarismus darf nie die Herrschaft leitender Parteimitglieder, sondern muß weise Leitung einer Aristokratie denkender Staatsmänner sein. Man sollte endlich einsehen, daß es ein verhängnisvoller Fehler war, daß sich das deutsche Volk zur Ungunsten aller Machtmittel entäußerte. Wie anders ständen wir da, hätten auch wir, wie einst das französische Volk, um die Demokratie und Republik mit Begeisterung gegenüber der gesauten Umwelt solange verteidigt und gekämpft, bis dem ein besserer Friede möglich war! Dann hätte Begeisterung für den alten Staat in neuer, republikanischer Form die Parteien zusammengeschnitten und ein deutsches Volk geschaffen, dem der kleinliche Streit um die Farben Nebenache wäre und die siegreiche Idee eines wahrhaft demokratischen und von sozialistischer Gesinnung erfüllten Vaterlandes das alleinige Ziel.“

Der Herr Mehrheitssozialdemokrat hat schon den Beifall der reaktionären Sinnesdresse gefunden. Die Bourgeoisie hat wirklich allen Anlaß, mit Gefallen vom Schlage dieses famosen Sozialisten zufrieden zu sein.

Paul Müller, der gewesene Sozialdemokrat, der 25 Jahre als Führer des Seemannsbundes tätig war, und der, weil er für die Schwarz-Weiß-Rote-Flagge Partei nahm, aus der SPD ausgeschlossen wurde, erklärte auf einem großen Flaggenumzug der Nationalisten in Hamburg:

„Man hat mich in den reaktionären Orkus geworfen, verlassen Sie sich darauf, der Tag, an dem man das tat, ist ein Ehrentag für mich. (Stürmischer Beifall) Hier gilt es einen neuen Treuschwur der Flagge schwarz-weiß-rot zu leisten. Heute bekenne ich mich öffentlich als zu Ihnen gehörig.“

Und dieser Mann galt noch vor ganz kurzer Zeit als Arbeitervertreter, als einer der „Vernünftigen“, der „Alten“ und „Erfahrenen“. Wahrlich, sie sind ihrer einander würdig, die Bensch, Müller und Konjorten.

Die sozialdemokratische Einigung marschiert.

Von den sozialdemokratischen Einigungsbestrebungen ist es in den letzten Wochen in der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Presse still geworden. Die mehrheitssozialistischen Führer haben keine Eile, an die Einigung heranzugehen und machen Hesperding und seinen Freunden die Rückkehr zur Rostepartei so sauer, daß auch deren Eifer vorläufig ein wenig abgekühlt scheint. Die Mehrheitssozialisten denken nicht daran, irgend eine Konzession, und sei es auch in Worten, zu machen. Sie haben der USPD ihren halbfertigen vollkommen kleinbürgerlichen Programmwurf ins Gesicht geschleudert. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie Stimmespolitik treiben und auf die Mitarbeit der Stimmepartei auf die Dauer nicht verzichten können, wenn diese sie nur mitarbeiten lassen will. So schreibt heute sogar der „Vorwärts“ anlässlich der Erklärungen Stresemanns über seine Verhandlungen mit der englischen Regierung vor Unterzeichnung des Ultimatum, daß es der Deutschen Volkspartei nicht glücken (!) werde, bei den Arbeiten für die Erfüllung des Ultimatum in den nächsten Monaten das Wohlleben der reinen Opposition zu führen. (!)

Aber die Einigung marschiert trotzdem. Man erfährt es aus dem Bericht des „Vorwärts“ über die Jubiläumseier der dänischen Sozialdemokratie, anlässlich derer die Delegierten von elf sozialdemokratischen Parteien zu einer Tagung zusammentraten. Darunter befanden sich auch die Delegierten einer der Internationale 2 1/2 angehörenden Partei, der georgischen Menschewiki. Es wurde „allseitig bedauert, daß die Deutsch-Oesterreicher und die anderen der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien ferngeblieben waren“, aber: „es wurde beschlossen, im November eine internationale Zusammenkunft einzuberufen, zu der auch mit der Teilnahme der Vertreter der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gerechnet wird.“

Die Leute von der Internationale 2 rechnen also damit, daß bis zum November der letzte Widerstand bei den Unabhängigen — nur um sie handelt es sich — überwunden sein wird. Die Unabhängigen ihrerseits rechnen sicherlich damit, daß bis dahin die Sozialdemokraten aus der Regierung herausgedrängt und so die Einigung auf „oppositivem“ Boden ermöglicht werde. Beide rechnen gut, und doch machen sie die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die unabhängigen Arbeiter, die sich in ihrer großen Mehrzahl nicht bereit finden werden, mit den Arbeitermördern Roste und Hering in einer Partei zu sitzen.

Kautsky gibt seinen Segen.

(Reuter.) London, 1. August.

In einem auf der heute in Stratford abgehaltenen Jahreskonferenz des Sozialdemokratischen Verbandes verlesenen Briefe zollt Karl Kautsky dem Kampfe gegen den Bolschewismus Anerkennung und erklärt, eine Einigung des Sozialismus sei unerlässlich, besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die britische Arbeiterklasse der Bolschewisten (Prizefighter) des internationalen Proletariats geworden sei. Die britische Arbeiterklasse sei schon allein stark genug, um dem Imperialismus der herrschenden Staaten Widerstand zu leisten.

Die Orgeß löset Kinder — der Staatsanwalt schläft.

Aus Königsherg wird uns geschrieben:

Am 17. Juli feierte die neugetaufte Orgeß in Wien bei Liebenmühl (Schprüßen), der sog. Heimatverein, sein Sommerfest, auf dem neben verschiedenem andern Kumbum auch ein Freischießen stattfand. Zur Charakterisierung des Menschenmaterials, das durch die Orgeß-Neugründung für den Beruf des Schützen der bürgerlichen Kultur gegen die Arbeiterklasse erziehen wird, genügt es festzustellen, daß die meisten der Heimatvereinsmitglieder zwar glänzend mit den Gewehren in der Luft herumzufuchtelten verstanden, aber nicht einmal gut Scheiben schießen konnten. So kam es, daß einer der Helden nicht die Scheibe, sondern einen 13jährigen Konfirmanden traf, der ganz abseits stand und sich das Fest nur ansehen wollte. Der Schuß ging ihm in den Rücken, so daß der Junge gleich tot zur Erde fiel.

Zudem sollte der Vater des Jungen, ein armer Tischmann mit einer Anzahl Kinder, auch noch die Begräbnis-

kosten bezahlen. Erst nach langer Verhandlung mit dem Gutssammler Krupp-Bienau wurden ihm die Begräbniskosten bewilligt, dazu aber noch ein paar Mark Schweigegelder, um die Fährlichkeit und den wahren Charakter des „Heimatvereins“-Festes nicht an die große Glocke zu bringen.

Von einem Eingreifen des Staatsanwalts hat man nichts gehört. Handelt es sich doch nur um einen Arbeiterjungen, der da verredet ist, und um die Orgeß im neuen Gewande, die ihn zur Strecke gebracht hat, und die noch viele Proletarier zur Strecke zu bringen gedenkt!

Kapp verhöhnt die Republik!

Der Fall Tagow hat die deutsche Republik in ihrer ganzen Erbarmlichkeit entlarvt und gezeigt, wie sicher die reaktionären Banditen sich längst wieder fühlen.

Wie die „Welt am Montag“ mitteilt, hat sich Kapp, der aus Schweden nach Deutschland zurückgekehrt ist, auf dem Schlosse Zuba bei Saalfeld in Thüringen niedergelassen. Die Frechheit der konterrevolutionären Hochverräter kennt keine Grenzen, immer offener, dreister und provozierender treten sie auf. Wie lange noch, und sie werden der „Republik“, die so bereitwillig in ihrem Auftrage das Proletariat niederzuknüttelt hat, den wohlverdienten Fußtritt geben?

Kahr verhaftet in Essen Kommunisten.

Nachdem unser Genosse Graul-Essen bereits im Juni grundlos verhaftet und drei Wochen seiner Freiheit beraubt war, wurde er am Mittwoch vergangener Woche erneut auf Ansuchen der Kahr-Regierung festgenommen. Graul soll vor der Märzaktion als kommunistischer Redakteur in München tätig gewesen sein! Dabei ist Graul niemals in München gewesen. Durch einwandfreie Zeugen, Mehrheitssozialisten und Unabhängige, kann Graul für jeden Tag im März und April nachweisen, daß er im Essener Parteisekretariat tätig war. Ein Spiegel will ihn in München gesehen haben. Am Sonnabend vergangener Woche wurde Graul nach München transportiert.

Die Essener Staatsanwaltschaft sucht sich in Graul eines unbequemen Zeugen zu entledigen. Erst vor einigen Wochen wiesen wir auf das Ostermontagsverbrechen hin, dem durch eine planmäßige Provokation der Polizeibehörden 21 Proletarier zum Opfer fielen. Genosse Graul war Zeuge dafür, daß die Plakate für den Belagerungszustand bereitlagen, den man nachher heuchlerisch als Folge dieses Mißabes verhängte. Diesen Zeugen galt es unchärblich zu machen!

Den Schiebern freie Bahn!

Daß diese Worte die Parole des neuen Deutschland sind, ist allgemein bekannt, und man kann sich darüber nicht wundern, wenn man sich die Götter ansieht, die Deutschland regieren. Als Götter im Kleinen regieren auch die sozialdemokratischen und unabhängigen Minister im Freistaat Braunschweig.

Um sein volles Verständnis für die Bedürfnisse des neuen Deutschlands der Schieber zu erweisen, hat der USPD-Minister Deter in Bad Harzburg von Staats wegen eine Spielhölle aufgemacht. Durch seine Eipo läßt er für „ordnungsmäßigen Verlauf“ des Spieles sorgen. Der Erfolg dieser Aussicht besteht darin, daß das anständige Publikum in Harzburg durch nächtlichen Lärm gestört wird. Im Spielhölle selbst ist es zu Schlägereien gekommen. Der staatlich konzeptionierte Wankhüter wurde als Falchiviel erlarbt, einzelne Dumme sind in einer Nacht um Summen bis zu 200 000 Mark ausgeplündert worden. So sieht es im unabhängigen Braunschweig aus. Zu allen Zeiten haben nicht nur Kommunisten und Sozialisten, sondern jeder anständige Mensch überhaubt sich mit Abscheu von dem Paradies der Reichen, der Spielhölle, abgewandt; in Braunschweig aber kennt ein unabhängiger Minister keinen höheren Zweck, als den Schiebern zu Gefallen zu sein und ihnen ein Plätzchen zu schaffen, wo sie Dumme ausplündern können.

Gewerkschaftliches.

Der Streit im Wurmrevier abgewürgt.

In einer Sitzung der Zentralkommission, in der alle Betriebe des Wurmrevier-Industriebezirks durch etwa 50 Delegierte vertreten waren, wurde nach langer Diskussion beschlossen, den Kampf abzubrechen und in die Betriebe zurückzukehren. In der Sitzung wurde von allen Vertretern einhellig erklärt, daß die Gewerkschaftsbürokratie den Kampf der Arbeiterschaft systematisch abgemurrt habe.

Selbst das Verlangen der Streikleitung, den Massen der Streikenden in einer öffentlichen Versammlung Bericht über den Stand der Lage zu geben, wurde von dem Gewerkschaftsbeamten Fischer vereitelt. Eine Delegation der Streikenden hatte bereits eine Forderung der Befähigungsbehörden zur Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung. Nachdem die Befähigungsbehörde mit Fischer verhandelt hat, wurde die Forderung zurückgezogen.

Zur Arbeitsaufnahme wurde folgende Entscheidung angenommen:

1. Sofortige Aufhebung des Versammlungsverbots.
2. Kein Arbeiter, der im Streit gefangen hat, darf entlassen werden. Die gesamten Arbeiter der Güte „Rote Erde“ werden ebenfalls restlos eingestellt.
3. Die Gewerkschaften haben sofort sämtliche Betriebsräte zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzurufen, um gemeinsame Forderungen für die gesamte Arbeiterschaft nachens zu stellen.

Zur Lohnbewegung der Lederarbeiter. Verrat der Gewerkschaftsleitung.

Das Lohnabkommen der Portier- und Reifeartikelarbeiter ist zum 1. August abgelaufen. Vom 2. bis 7. Juli fanden zwischen Vertretern der Unternehmer und Arbeiter für ganz Deutschland Verhandlungen statt in Frankfurt a. M. Diese zerfielen sich wegen der Starrheit der Unternehmer, die nicht das geringste Zugeständnis machen wollten. Daraufhin trat am 8. Juli das Tarifausschuss zusammen und empfahl folgenden Schiedsspruch zur Annahme: Für männliche Arbeiter in der Sonderklasse 2 1/2 Prozent Zuschlag, in den anderen Erstklassen 5 Prozent Zuschlag und für weibliche Arbeiter in allen Ortsklassen 10 Prozent Zuschlag auf den Lohn. Befordert war ein Stundenlohn von 7,25 Mk., der bisherige Verdienst betrug für männliche Arbeiter in der Sonderklasse 6 Mk., für die anderen Klassen etwas weniger. Die Lederarbeiter verdienen aber über- all 10 Prozent weniger, als die Lohnarbeiter.

In Offenbach a. M., einem der Hauptorte der Lederwaren-Industrie, wurde dieses Angebot abgelehnt, ebenso in Berlin, in der Branchenversammlung vom 19. Juli. In einer Vertrauensmänner-Sitzung am 1. August sollte über die weiteren Schritte beraten werden. In dieser Sitzung wurde nun von den Gewerkschaftsführern den Vertrauensleuten erklärt, daß jede Diskussion zwecklos sei, da der Zentralvorstand den am 8. Juli vom Tarifausschuss gefällten Spruch bereits am 18. Juli

unterschieden habe und nichts mehr da zu ändern sei. Trotzdem dies der Branchenleiter Schlichte (USPD) in der 2. Vorsitzende des Zentralkomitees und Vorsitzender der Branche August Blum (USPD) schon am 18. Juli wußten, habe sie in der Branchenversammlung vom 19. Juli nichts darüber berichtet, sondern nur den Schiedsspruch warm zur Annahme empfohlen. Am 29. Juli fand eine Branchenkommissionssitzung statt, in welcher beschlossen wurde, der Kollegenschaft von der Sache noch nichts zu sagen. Erst als die Vertrauensleute Mittel und Wege suchten, um eine Verbesserung der Löhne der Kollegenschaft zu erzielen, kam der ganze Schiedsspruch an Tag. Der Zentralvorsitzende Peter Blum (USPD) hat über die Köpfe der Mitglieder hinweg den Schiedsspruch unterschrieben. Die Mitglieder müssen nun dafür sorgen, daß ein derartiger Verrat ihrer Verbandsleitung nicht mehr wiederholten kann, außerdem werden sie es zu verhindern wissen, daß durch dieses Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie ihre Nachteile erwachsen.

Das Ziel der Kapitalistenklasse.

Die Arbeiter sollen in gelbe Wertvereine gezwungen werden. Das Unternehmertum und ganz besonders das Wertkapital erhofft seine brutalen Unterdrückungs- und Ausbeutungspäne immer offener. Bekanntlich hat die Schichauwerk in Elbing ihre Arbeiter vor etwa 10 Wochen rückwärtslos auf die Straße geworfen. Die Arbeiter, die wochenlang den Kampf mit entschlossener Ausdauer führten, waren allein nicht imstande, den Unternehmerangriff abzuwehren. Die Gewerkschaftsleitungen weigerten sich, den Kampf auf breiter Basis auszutragen und so gelang es dem Unternehmertum, die Arbeiter zu bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Viele Hunderte der besten Kollegen blieben als Gemahregeste auf der Straße. Doch dieser Triumph allein genügte der Direktion nicht, sie will alle die Arbeiter, denen sie die Weiterarbeit „gnädig“ gestattete, zu völlig willenlosen Sklaven machen und legt deshalb ihren Arbeitern folgenden Hebers zur Unterschrift vor:

„Nationaler Arbeiterverein der Schichauwerke zu Elbing. Beitrittserklärung:

Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zum Nationalen Arbeiterverein der Schichauwerke zu Elbing und gebe die ehrenwürdige Versicherung ab, daß ich weder einer freien Gewerkschaft noch der sozialdemokratischen Partei oder einem Verein mit sozialdemokratischer Tendenz angehöre. Ich erkläre vielmehr, daß ich treu zu Kaiser und Reich stehen will. Vor- und Zuname usw.“

Also eine gelbe Gründung schlimmster Sorte. Hier rächt sich die rückständige Gewerkschaftsstatik der Umsterbamer, die glauben, durch Desensibilisierung des Unternehmertum an der restlosen Ausführung seiner reaktionären Pläne zu hindern. Nachdem die Kommunisten durch Nichtwiedereinstellung aus dem Betrieb entfernt sind, geht man gegen die sozialdemokratischen Arbeiter mit genau denselben Mitteln vor, wie vor dem gegen die Kommunisten. Das Vorgehen der Elbinger Unternehmer wird sehr bald in ganz Deutschland Nachahmung finden. Ob angesichts dieser Tatsache die Gewerkschaftsbürokratie endlich einsehen wird, daß die Gewerkschaften bei Strafe ihres Untergangs dem Kampfe nicht länger ausweichen können?

Ausland.

Polen gegen das abscheuliche rote Gewürm.

(D.) Polen, 2. August.

Das aus Anlaß der bolschewistischen Invasion vor einem Jahre gegründete Posener Komitee zur nationalen Verteidigung wendet sich in einem Aufruf gegen die im Posenschen überhandnehmende kommunistische Bewegung. In dem Aufruf heißt es: Die Gefahr liegt vor der Tür. Wenn wir nicht selbst die Augen öffnen, wird sie uns unser Land öffnen. Schon sind in dem patriotischen Polen kommunistische Nester entstanden. Seht euch die Gesichter der fremden Leute an, die Unruhen und Wirren organisieren! Ihre nichtswürdige Arbeit bedroht die Existenz Polens und trachtet nach seinem Untergang. Das abscheuliche Gewürm dringt in die Jugen unserer nationalen Existenz ein. Landbesitzer! Haben wir den Preußen aus unserem Hause vertrieben, um dieses Haus in die Hände der Kommunisten auszuliefern? Auf die Schanzen alles, wer Polen liebt und an es glaubt!

(D.) Warschau, 2. August.

In Kongresspolen werden die Jahrgänge 1894, 1895 und 1896 einberufen. Die Warschauer Zeitungen teilen mit, daß diese Maßnahme mit einer Verschärfung der Beziehungen Polens zu Deutschland und Rußland „nichts“ zu tun habe.

Streit der holländischen Bergarbeiter.

(D.) Rotterdam, den 1. August.

Sonntag Nachmittag sind die Delegierten der holländischen Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammengetreten, auf der die Vorschläge der Bergwerksdirektionen besprochen worden sind. Danach fand eine allgemeine Versammlung der Bergarbeiter statt, auf der mit sämtlichen Stimmen der Streit für die holländischen Bergleute proklamiert wurde. Es handelt sich um Lohn-differenzen. Die Bergwerksdirektionen haben vorgeschlagen einen Vorschlag der Bergarbeiter, die vorgenommene Lohnermäßigung um 14 Tage zu verschieben, abgelehnt. Die deutschen Bergarbeiter haben sich mit ihren holländischen Kollegen solidarisch erklärt.

Ausland protestiert

Wegen Nichteinladung zur Abrüstungs-Konferenz.

Am 19. Juli fand die Richtscherin an England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan und China einen Protest gegen die Nichteinladung der Sowjetrepublik zur Konferenz der am Zillen Ozean gelegenen und interessierten Staaten. Die russische Regierung habe sich genötigt, die Konferenz als unfreundlichen Akt anzusehen, zumal, da in der Einladung die Einigung einer etwaigen an die Stelle der Sowjetregierung tretenden gegnerischen Regierung vorgesehen werde, sie verwerfe alle Beschlüsse der Konferenz von vornherein und behalte sich ihnen gegenüber volle Handlungsfreiheit vor. Dergleichen protestierte die Sowjetregierung gegen ihre Nichteinladung zu den Verhandlungen über die Fragen der Abrüstung zur See, mit der sie grundsätzlich sympathisiere.

Gegen die rumänischen Feindseligkeiten.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der R. S. F. S. R. Richtscherin und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der ukrainischen Sowjetrepublik Kowalsky beantworteten die Note des rumänischen Außenministers vom 17. Juli, in der eine genaue Untersuchung der russisch-ukrainischen Grenzverhältnisse besprochen wird. Die rumänische Regierung wird bei dieser Gelegenheit auf die neuerdings vorgefallenen feindseligen Handlungen rumänischer Truppen gegen die russisch-ukrainischen Grenzschutzabteilungen aufmerksam gemacht.

Breslauer Nachrichten

Nach eine Verhöhnung.

Vom Polizeipräsidenten geht uns folgende Verhöhnung zu, die wir vollinhaltlich bringen, weil sie zeigt, wie dieser Herr den wahren Tatsachen, die wir durch unsere Genossin Wolfstein und viele andere Genossen befestigen können, zu verdrängen versucht.

Der Herr Polizeipräsident schreibt:

Es ist unwahr, daß von mir, dem Dezernenten der politischen Abteilung, oder einem der Kriminalkommissare der letzteren Anordnung getroffen worden ist, nach der Abgeordneten Wolfstein zu fahnden. Es ist weiter unwahr, daß vom Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Geheimrat Weismann, der zu solchen Weisungen an mich gar nicht zuständig wäre, ein Geheimbefehl an mich ergangen ist, die Abgeordnete Wolfstein unter allen Umständen auf freier Tat zu ertappen. Es ist endlich unwahr, daß auf dem Bahnhöfe und in der Stadt von „Spiegeln“ nach der Abgeordneten Wolfstein gesucht worden ist. Wahr ist vielmehr, daß die Abgeordnete Wolfstein von einem Kriminalbeamten eines Reviers, nicht der politischen Abteilung, der sie für eine ausgeführte bolschewistische Agitatorin hielt, trotz Vorweisung ihrer Abgeordnetenkarte nach dem Polizeipräsidenten sifflert worden ist, weil er angesichts des häufigen Gebrauchs falscher Personalpapiere seitens illegal lebender Kommunisten die Entscheidung dem zuständigen Kommissar überlassen wollte.

Wahr ist, daß ich, nachdem ich von der Sifflierung durch den Rechtsanwalt Simon telephonisch erfahren hatte, die Freilassung der Abgeordneten Wolfstein anordnete, da ihre Identität hier feststand und nichts gegen sie vorlag, und, wie schon vorher dem Rechtsanwalt Simon, der Abgeordneten Wolfstein Feststellungen zusagte. Unwahr ist, daß ich, ohne damals etwas wenig wie der gerade auf dem Präsidium eintreffende Hilfs-Kriminalkommissar Loh die Gründe der Sifflierung zu kennen, exemplarische Verhaftung der untergeordneten Organe in Aussicht gestellt hätte, zu welcher sich auch nach getroffener Feststellung keine Veranlassung ergab. Unwahr ist, daß ich den herbeigeholten Kommissar Loh wie einen jungen Mann abtöfelte. Wahr ist vielmehr, daß Kommissar Loh bei der Unterredung gar nicht zugegen war und daß ich ihn lediglich telephonisch fragte, ob er eine Verhaftung der Abgeordneten Wolfstein anordnen habe oder etwas von ihr wisse, was er beides verneinte. Unwahr und gänzlich aus der Luft gegriffen ist, daß ich mich gegen den Verdacht mit der Spitzelzentrale des Herrn Weismann zusammen zu arbeiten verweigert habe. Vom Staatskommissar und seinem Dienste ist in der ganzen Unterhaltung mit keinem Worte die Rede gewesen.

Zu bemerken wir, daß wir schreiben, Ordnungskommissar Weismann habe an seine Organe den Geheimbefehl gegeben, die Genossin Wolfstein „auf freier Tat“ zu ertappen. Ob eine derartige Anweisung nach hier gekommen ist, können wir nicht nachprüfen. Keil steht, daß Spitzel des Weismannischen Büros bei der „Beobachtung“ der Genossin Wolfstein dabei waren.

Der Verhöhnung des Herrn Liebermann gegenüber stellen wir fest, daß auf dem Bahnhof und in der Stadt von „Spiegeln“ nach unserer Genossin gefahndet wurde. Es verdrängt „ciacarraria“, daß der Polizeipräsident abfreitet, die „Sifflierung“ der Genossin Wolfstein sei nur deshalb erfolgt, weil ein Revierbeamter unsere Genossin für eine bolschewistische Agitatorin hielt. Wir stellen fest, daß der Sachmeister Herbst auf Grund einer genauen Personalbeschreibung, unter anderem blaues Kleid und grauen Mantel, unsere Genossin verhaftete. Nach den Aussagen unserer Genossin halten wir daran fest, daß der Herr Präsident dem Herrn Loh, die von uns geschuldete Behandlung zuwillen werden ließ.

Wir können ferner den Schmerz des Herrn Liebermann verstehen, wenn er sich entschieden dagegen verweigert, daß wir behaupten, er habe sich gegen ein Zusammenarbeiten mit Spiegeln des Herrn Weismann verweigert. Wir wissen, daß ein inniges Verhältnis zwischen dem Büro des Geldvertrauens-Herrn Weigel und dem Polizeipräsidenten besteht.

Aus der Provinz

Trebnitz. Vor einigen Tagen berichtete eine Breslauer Zeitung, daß ein als Feldhüter befaßter Selbstschützmann ein Kind beim Abstreifen seiner Perücke verwundet hat. Jetzt geht uns die Nachricht zu, daß sich die als Feldhüter der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte auf den Gütern der Umgebung von Trebnitz hantierenden Orgeleibbanden wieder einen Hebergriff erlaubt haben, der so recht zeigt, wie frech und gemein die Arbeiter und armen Leute auf dem flachen Lande von diesem Gesindel bedrückt werden.

Den Namen ist erlaubt, bis 11 Uhr normirtags Abends zu sein. Am Sonntag vormittags 11 Uhr wurde der Arbeiter E. von Trebnitz auf der Chaussee angehalten, ihm die Leuten abgenommen und nach dem Nachhause gebracht. Die Arbeiter, die über die Arbeit empört waren, zerrissen sich zusammen. Bekannt ist, daß der „Kommandeur“ dieser Banden, Lam mit 10 Mann Verhaftung und wollte die Arbeiter vertreiben. Ein Feld machte von seiner Schusswaffe Gebrauch, schloß sich aber, durch einen Schwebeloch eines Arbeiters gehindert, selbst in den Arm. Die empörten Arbeiter verurteilten die Selbstschützbanden darauf, daß sie hoffentlich nicht mehr wagen, sich derartige Übergriffe zu erlauben.

Grünberg. Bei dem Grünberger Schützenfest kam es zu Zusammenstößen, die zur Folge hatten, daß ein Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft Kopfband durch Messerschneide verletzt wurde. Die furchtbar und herausfordernde Haltung dieser Schützenbanden hat die Erregung der Arbeiter zur Niederschlagung gebracht und sie veranlaßt, zur Selbsthilfe zu greifen.

Freiburg. Wenn man zu der jetzigen Zeit irgendeiner Versammlung, Sitzung oder Konferenz beizuht, ob dies nun beim Gewerkschaftsamt, bei den Reichsämtern oder irgendwo ist, wird uns fast von den alten Bürokraten von der Unmöglichkeit der Meinungsäußerung erzählt. Es wird dabei stets immer betont, daß man eine Meinungsäußerung, was dieselbe sein wie sie will, nicht unterbinden oder gar verhindern kann; denn durchdringt sich dieselbe doch, wenn sie durch die klounaischen Verhältnisse bedingt ist.

Aber wie es mit der Meinungsäußerung aussieht in der Wirklichkeit, davon eine kleine Stichprobe aus dem hiesigen Kartell. Am Freitag, den 22. Juli war wieder einmal eine Sitzung einberufen und dabei standen fünf Punkte auf der Tagesordnung. Auf die ersten drei Punkte kann und braucht man wohl nicht näher einzugehen, denn das sind meistens die alten Ladenhüter und wenig von Bedeutung. Punkt 4 der Tagesordnung lautete: Stellungnahme zu der bevorstehenden Preissteigerung. Dabei sei betont, daß die Preissteigerung schon lange bei vielen Verbrauchsgüter eingetreten ist. Die Arbeiterschaft muß verlangen, daß Lohnbewegungen nicht erst einsehen, nachdem schon monatelang die Teuerung eingeseht hat.

Der Gedanke des allgemeinen Preisabbaus ist im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht durchführbar. Die Kapitalisten lieben das Bestreben, ihre Preise dem Weltmarktpreis anzupassen. Diesem Streben muß die Arbeiterschaft Rechnung tragen, indem sie verlangt, daß ihre Entlohnung auch nach dem Verhältnis des Weltmarktes erfolgt, und daß nicht der billig entlohnte deutsche Arbeiter zum Lohnbrüder in der ganzen Welt wird.

Auf Beschluß des Kartells soll nun eine große Protestversammlung einberufen werden gegen diese Teuerung. Auch soll versucht werden, mit den umliegenden Kartellen in Fühlung zu treten in dieser Frage. Nun kommt das Eigentümliche, was den linksstehenden Kollegen auf dem Herzen lag. Sie wollten einmal versuchen, daß in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen nicht immer Kollegen von der rechten Seite sprechen, sondern auch einmal welche von der linken. Jetzt kommt die Meinungsäußerung so schön zur Geltung. Man hat den Antrag, der gestellt war, vom Kollegen Krusche auf Veranstaltung von einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, zur Entgegennahme des Beschlusses von dem Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale von Moskau, abgelehnt. Als Grund gab man an, daß der Kollege Rich. Müller nicht mehr Mitglied einer Gewerkschaft ist, die dem A.O.G.V. angehört. Dabei ist zu betonen, daß Rich. Müller immer noch dem D.M.V. angehört. Aber trotzdem laden die Kollegen der Opposition schon heute zu dieser Versammlung ein, die Ende August stattfindet. Dieselbe wird einberufen von der deutschen Vertretung des Rates der Fach- und Industrieverbände. Dann machen wir noch auf eine Versammlung aufmerksam, die vom Kartell beschlossen wurde. In derselben wird ein Referat und Korrespondenz über Arbeitsgemeinschaft, deren Nutzen und Schaden, gehalten. Am Schluß kommt ein Kuriosum betreffs Meinungsäußerung. Es hatten bis vor kurzem im Kartell Fraktionen bestanden. Vor nicht langer Zeit wurde der Antrag im Kartell eingebracht, diese Fraktionen aufzulösen. Derselbe wurde auch angenommen. Leider hatten auch wenige Kollegen für den Beschluß von der Opposition gestimmt. Natürlich war der Antrag von einem politisch nicht organisierten Kollegen gebracht. Nun so weit ganz gut. Nach in derselben Sitzung kommt ein Nachtrag, der die Bildung von Fraktionen verbietet, dies ist nun das Letzte, was passieren kann. Nun Kollegen, der Beschluß besteht, wir müssen uns dem Beschluß fügen. Aber eines wollen wir den Kollegen, die noch im stillen die Faust ballen, ans Herz legen, sich ja nicht etwa abseits zu stellen oder gar aus den Gewerkschaften austreten zu wollen. Wenn dieser vollständig endgültige Beschluß gefaßt ist, dann müssen wir dafür sorgen, daß zunächst in den Mitgliederversammlungen der Partei mehr als bisher die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit betont und aus-einandergeleitet wird. Durch reifliche Bildungs- und Aufklärungsarbeit müssen wir sorgen, daß die Genossen in den Gewerkschaftsversammlungen mehr als bisher auf sich selbst gestellt sind.

Was dem Waldenburger Revier

Altwasser. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Altwasser, hatte am Sonntag, den 31. Juli, eine Hilfsaktion zugunsten der armen Kriegerväter in die Wege geleitet, die darin bestand, daß man auf öffentlichen Plätzen Blumen und Poplarzweige verkaufte, deren Reinerlös den armen Vätern zugute kommen soll. Man hatte einen Umzug veranstaltet, der sich nach dem Schützenplatz bewegte, und dort wurde in ausgiebiger Weise für die Kleinen gesorgt. (Spiele und andere Veranstaltungen.) Das schöne Wetter begünstigte das Spiel im Freien, und so hoffen wir, daß dieser frohe Sonntag den Kleinen immer im Gedächtnis bleiben wird. Möge der Reinerlös ein recht großer sein, damit etwas von dem Glanz der Kleinen gemilchert werden kann.

Waldenburg. Bei der Unterbezirksleitung Waldenburg sind für gemästete und verbaute Kameraden und deren Familien noch folgende Beträge eingegangen:

Die 16: 191,50 RM, 17: 588,00 RM, 1: 224,05 RM, 2: 164,00 RM, 30: 21,60 RM, 21: 52,50 RM, 12: 23,00 RM, 19: 103,00 RM, 6: 53,00 RM, 39: 20,00 RM, 20: 63,00 RM, 13: 154,50 RM, 12: 141,00 RM.

Diese Sammlung zeigt von der großen Opferwilligkeit und ist ein Beweis für das Solidaritätsempfinden der Waldenburger Bergarbeiterschaft.

Im Auftrage der Unterbezirksleitung Waldenburg der S.P.D. sagt allen Gekern besten Dank Paul Scholz.

Waldenburg. Bei der Wahl der Delegierten zum Reichs-Kongreß legte die Amsterdamer Liste mit 57 Stimmen gegen die Weimarer Liste mit 28 Stimmen. Allein 104 Stimmen waren zugunsten.

Die „Bergwache“ schreibt, daß die Kommunisten trotz ihrer Abneigung eine „schändliche Niederlage“ erlitten haben. Wenn das Sängertum in Waldenburg nach dem Fest in Braunau nicht gescheitert wäre, dann wäre die „Niederlage“ eine vollkommene gewesen.

Jetzt sind wir der Meinung, daß wir keine Niederlage erlitten haben, denn die Freige, die wir in die Arbeiterschaft der Provinz im Revier gelegt haben, kann auf Grund der jahrelangen Tätigkeit der Provinz nicht von heute auf morgen zu einer vollkommenen Kameradschaft durch uns ausgeblendet werden.

Die Welt ist aber mit dem „Fest in Braunau“, das so viele Arbeiter von der Wahl abgehalten hat? In Braunau war ein wunderbares Kameradschaftsfest, es fehlte nur die Siegerkrone. „Es bin ein Freige“ und „Freige“ am Sonntag, 1. August, nach Waldenburg gekommen wurde. Wir nehmen zur Ehre der Arbeiter an, daß sehr wenige von ihnen da waren, die diese nationale Kameradschaft mitgebracht haben. Wir nehmen an, daß die Schwebeloch in der Bergwache nur zur Verherrlichung ihres großen Sieges das Braunauer Fest als Niederlage hergesehen haben.

Im Kongreß mühen wir uns das Waldenburger Protestamt, die Lage erkennen wird und beginnt im kommenden Herbst, das gegen Teuerung und Verdrängung nur der Weg der Kommunisten gegangen werden kann.

Verfammlungsständer

W.P.D. Breslau. Freitag, den 5. August, Distriktabend für alle Distrikte. Referenten überall pünktlich 7 1/2 Uhr anwesend.

Ortsgruppe Weikstein. Sonntag, den 7. August, vorn 9 Uhr im Deutschen Hause Mitgliederversammlung. Vortrag eines Breslauer Genossen über den „3. Weltkongreß der Komm. Internationale“. Mitglieder benachbarter Ortsgruppen sind eingeladen. Mitgliedskarten als Ausweis mitbringen.

Wirtschaftliches.

Milchpatriotismus und Arbeitslosigkeit auf dem Lande.

A. K. In der „Hilfshemer Molkereizeitung“ wird ein Obermeister mit streng nationaler Gesinnung gesucht. Der „Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter“ schreibt hierzu:

Wir haben der Direktion der Pyritzer Genossenschaft bereits unsere Meinung über ihre — Unverfrorenheit in einer Schreiben mitgeteilt, und sind überzeugt, daß sie das selbst nicht wird hinter dem Spiegel stecken. Zu dem Inzere selbst wollen wir noch sagen, daß wir dem Pyritzer Genossenschaftsvorstand nur den guten Rat geben können, einen anderen Direktor anzustellen, der es nicht, wie der jetzige, darauf abgesehen hat, das Unternehmen zugrunde zu richten. Heute bekommt man nämlich überall Milch zu kaufen, und die städtischen Verbraucher in Berlin, denen die Pyritzer Eismilchgenossenschaft für teures Geld die Milch liefert und die in ihrer gewaltigen Mehrheit freigewerkschaftlich denken werden darüber zu entscheiden haben, ob hier nicht endlich einmal ein Exempel zu statuieren ist und der Boykott der deutschnationalen Herrn Eismilchdirektors aus Pyritz gegen diejenigen Arbeitnehmer, die nicht so denken wie er, mit dem Boykott der nichtdeutschnationalen Verbraucher gegen ihn beantwortet werden soll. Der Gesinnungsterror ist während der letzten Zeit in der Landwirtschaft sowie in den verwandten Betrieben in solchem Umfang eingegriffen, daß es dringend notwendig wäre, wenn sich die Arbeitnehmerschaft als Verbraucher endlich einmal ernsthaft mit dieser Angelegenheit beschäftigt.

Unseres Erachtens wäre es längst schon Sache des „Verbandes land- und forstwirtschaftlicher Angestellter“ ebenso wie des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes“ gewesen, ernsthaft sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die Annoncen-Plantage der „Deutschen Tageszeitung“ steigt Tag für Tag, daß bei Anstellung von Inspektoren, Förstern, Erziehern und Erziehern, Leuten, Aufsichtern, Dienern, ja, Kellnern und Girten die nationale Gesinnung als Dokument bester Leistungsfähigkeit gilt. Die wachsende Arbeitslosigkeit dieser Schichten rührt zum Teil davon her, daß der Junker seine Familienmitglieder, die ehemals beim Militär, bei der Marine im Ausland waren, auf seinem Gut unterbringen will, zum Teil ist sie eine Folgeerscheinung der Entvölkerung, die Arbeitskräfte aller Art überflüssig macht. Diese Arbeitslosigkeit ermöglicht es den Junkern nicht nur, diesen jeden Arbeitsvertrag auszuweichen — „freie Station und 100 Mark monatlich“ sind gang und gäbe —, sondern auch, Anstöße unter den Bewerbern zu halten. Er sucht sich solche aus, „auf die er sich auch in schweren Zeiten verlassen kann“, wie es kürzlich in einer Annonce hieß.

Die Verbände der Arbeitnehmer haben bislang nicht der Forderung gerührt gegen dieses junkerliche Willkürsystem. Es nimmt daher nicht wunder, wenn auch bei den Landarbeitern entsprechende Versuche gemacht werden. Die „Schlesische Zeitung“ vom 3. Juli d. J. bringt folgende Notiz:

„Die neue Ernte steht vor der Tür, die Frage wird von Tag zu Tag brennender: Woher bekomme ich tüchtige und brauchbare Kräfte für die neue Ernte, die nicht schon wieder nach wenigen Wochen aufhören, zu arbeiten, sondern bereit sind, sich eventuell dauernd auf dem Lande als Land- und Forstarbeiter anzubieten? Die Reichsarbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten ist eine Genossenschaft, deren Ziel es ist, arbeitsfreudige, geeignete Leute, durchweg abgediente Soldaten, der land- und forstwirtschaftlichen Arbeit oder ähnlicher geeigneter Beschäftigung zuzuführen. Zahlreiche Genossen sind sofort zur Abfahrt an ihre Arbeitsstellen bereit. Weitere Meldungen neuer Genossen laufen täglich ein. Wer Interesse hat, gute und dauernde Arbeitskräfte für seine Land- und Forstwirtschaft zu erhalten, wer Handwerker braucht, wende sich an die Reichsarbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten, e. G. m. b. H., Sitz Groß-Berlin N. 24 Friedrichstraße 136, zu Händen des Herrn Generalsekretärs G. Kameran.“

Es ist Sache der gewerkschaftlichen Verbände, des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes“ nicht minder des „Verbandes der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten“, unverzüglich gegen solche Nachschichten Front zu machen.

Bereit an die Arbeit, Landarbeiter und Gutsangestellte! Zwingt eure Verbände zum Handeln! Wandelt sie um in unüberwindliche Organisationen, an deren Macht die junkerliche Willkür scheitern muß!

Stinnes in Indien.

Die „Times“ vom 29. Juli 1921 meldet:

Die letzte Post aus Indien hat interessante Einzelheiten über die Tätigkeit des Stinneskonzerns in Java gebracht. Es wird gemeldet, daß die Rhein-Elbe-Union ein Kontor in Bandung eröffnet hat. Eine große Zahl deutscher Fabriken sind bei diesem Unternehmen beteiligt, unter ihnen der bekannte Stinnes-Schneider-Konzern, der seine Büros von Sourabaya nach Bandung verlegt hat. Zweigstellen der Rhein-Elbe-Union sind in den Städten der Küste und im Gebirge errichtet worden. Eine Waggonfabrik wird gebaut. Herr Repler, der vor einiger Zeit in Java die notwendigen Vorbereitungen getroffen hat, soll zum technischen Leiter ernannt werden.

Stinneskonzern Reichsamt für Politik, Richard Jannas, Berlin, Verlag Soc. Verl. e. G. m. b. H., Breslau, Druck: Friedrichs-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48.



Täglich geöffnet.

Genossen! Werbt für die Schließige Arbeiterzeitung!

Zeltgarten Täglich 7 1/2 Uhr: Einziges Sommerparadies in Breslau.